



Wetten, dass...

Anmerkungen eines Erfahrenen

Nach der Demo gegen die Streichung bzw. Kürzung des Weihnachtsgelds am 26.10. war das gute Gefühl, den unanständigen „Griff in meine Taschen“ wenigstens nicht widerspruchlos hingenommen zu haben, bei mir mit der skeptischen Einschätzung gepaart, dass die Bürgerschaft dennoch so beschließen würde. Nun steht es in den Dezember-Mitteilungen

und auf den Kontoauszügen.

Weil mich die Kürzung als Pensionär spürbar betrifft und weil ich

- dieses „Sonderopfer“ der Beamten als ungerecht,
- im Umfang (besonders gegenüber uns Pensionären) als willkürlich,
- angesichts steigender Steuereinnahmen / entgegengesetzter Beschlüsse im Bund als

wenig plausibel und

- als Missachtung meiner über Jahrzehnte geleisteten Arbeit empfand,

beschloss ich während der Heimfahrt, „meine“ Wahlkreisabgeordneten (Dr. M. Schaal, S. Steppat) und die mir aus verschiedenen Zusammenhängen persönlich bekannten Abgeordneten der SPD (G. Lein, W. Rose und T. Völsch) anzuschreiben und sie um eine Erläuterung ihres Abstimmungsverhaltens zu bitten.

Über die Antworten der Abgeordneten will ich hier zu-

Gehaltsklau - Nein danke



sammenfassend berichten. Eine vollständige Wiedergabe würde den Rahmen der HLZ sprengen. Daher wird ebenfalls nicht auf die Kontroverse über die „Enthaltung aus Befangenheit“ von Wolfgang Rose (SPD-Abgeordneter und ver.di-Landesbezirksleiter) eingegangen. Wichtiger scheinen mir jedoch die Folgerungen zu sein, die wir in den Gewerkschaften erörtern müssen. Dazu abschließend ein kleiner Versuch.

Antworten...?

Positiv zu vermerken: Alle

Abgeordneten haben zügig auf den Brief reagiert. Die mit dem Gesetzesbeschluss verbundenen besonderen Härten für die (pensionierten) Beamten bedauern sie alle, verweisen jedoch –meistens unter Nutzung von Textpassagen aus dem Gesetzesentwurf/Presseerklärungen einhellig auf die bekannten drei Sachverhalte/Begründungen. Verkürzt:

- CDU/GAL hätten radikalere Kürzungen geplant (180 statt „nur“ 80 Mio./Jahr) und der SPD-Beschluss sei sozialverträglicher / milder

- Übernommene Haushaltsdefizite seien größer als von CDU/GAL behauptet, der Schuldenberg (28 Mrd.) so hoch, dass trotz aktueller Mehreinnahmen keine echten Spielräume bestünden, zumal
- die Schuldenbremse ab 2020 (oder Generationengerechtigkeit) dazu zwingen ...

Mit den teils nachvollziehbaren Erklärungen immunisieren sie sich zugleich gegen die Notwendigkeit, berechtigten Fragen und Einwendungen zu begegnen und ihr Abstimmungsverhalten persönlich zu erläutern. Denn

natürlich sind das nur Teilerklärungen.

Die Ursachen der Verschuldung bleiben ebenso ausgeblendet wie der Aspekt, dass die Verschuldung auch in Hamburg mit einer statistisch belegten „Umverteilung“ zugunsten einer sehr kleinen Elite einhergeht, die ganz erheblich z.B. von der Senkung der Spitzensteuersätze (...mangelhaften Steuerprüfung) profitierte und profitiert. Es ist also auch ein Einnahmeproblem (nur nicht ganz so schlimm wie in Griechenland). Die Umverteilung trifft nicht nur „die da unten“, sondern zehrt auch die öffentlichen Haushalte und in der weiteren Folge seit Jahren das Besoldungsniveau im Staatsdienst dramatisch aus.

Dennoch den Beamten, besonders den Pensionären, ein Sonderopfer abzutrotzen, ist zwar frech und nicht „gerecht“, bringt aber erhebliche Entlastungen, um z.B. die weiteren Mehrkosten der Elbphilharmonie und die Streichung der Studiengebühren zu finanzieren. Die Entscheidung spiegelt so zugleich die nicht nur bei SPD-Abgeordneten vorherrschende Einschätzung, dass die Gehälter/Pensionen (der Lehrer) vergleichsweise üppig seien und die Widerstände der Gruppen und der in den letzten Jahren eher geschwächten Gewerkschaften sicher nur vorübergehender Natur sind...

Prognosen

Wer die Argumentationen der Bürgerschaftsabgeordneten vor dem Hintergrund der bestehenden/prognostizierten Finanzsituation betrachtet, die bereits beschlossenen „Konsolidierungsmaßnahmen“ berücksichtigt und dann noch für möglich hält, dass die (europäische) Wirtschafts- und Finanzkrise auch bei uns, den öffentlichen

Haushalten noch weitere „Opfer“ produzieren wird, der muss kein Berufspessimist sein, um eine weiter negative Einkommensentwicklung, besonders im Öffentlichen Dienst bei den Rentnern und Pensionären zu prognostizieren.

Bei künftigen Tarifrunden könnten im Rückblick die Verhandlungen der vergangenen Jahre selig als gemütliche Kaffeekränzchen interpretiert werden. Es wird gern verdrängt, dass die Realeinkommen (nicht nur der Lehrer) in den letzten Jahren inflationsbereinigt (von „Produktionsfortschritten“ gar nicht zu reden) bereits deutlich gesunken sind.

Bei den Pensionen ist die Situation zusätzlich verschärft, denn zu den vorgenannten Reallohnverlusten für alle kamen in den letzten Jahren zusätzliche



Sondermarke der Post im Auftrag des Hamburger Senats im Gedenken an das 100-Millionen-Notopfer der Hamburger Beamtenschaft

Kürzungen in erheblichem Umfang. Allein der „Anpassungsfaktor“ und die Streichungen der Sonderzahlungen seit 2004 ergeben etwa 10%, dazu kommen Beihilfekürzungen oder z.B. die Begrenzung des Kindergeldes bis zum 25. Lebensjahr. Statt

der bei Vollzeit und mehr als 41 Dienstjahren gedachten 75% können im besten Falle nur noch knapp 65% erreicht werden und bei Berücksichtigung der Inflationsraten sind vermutlich real bereits die 60% unterschritten.

Ich wette: 2020 werden große Teile der verantwortlichen Politiker offen oder versteckt darauf hinweisen, das „wir uns“ höchstens noch 50% bei den Pensionen leisten können. Zumal hierbei gern als Hilfsargument die „Generationengerechtigkeit“ missbräuchlich eingesetzt wird, um die Renten und Pensionen zu kürzen.

Folgerungen...

Wenn die vorgenannten Einschätzungen und Zahlen in etwa zutreffen sollten und wir den Anspruch haben, möglichst erfolgreich Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen, dann stehen wir, die GEW und mit ihr die anderen DGB-Gewerkschaften, vor riesigen Herausforderungen. Sich darauf zu fokussieren und so den sonst drohenden Bedeutungsverlust zu vermeiden, wird 2012 und in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen müssen.

Wir müssen wieder ernter genommen werden.

Auch nach gut vierzig Jahren Mitgliedschaft in der GEW habe ich keine einfachen Rezepte in der Tasche. Mit einigen unsortierten, vielleicht auch schmerzlichen Thesen/Fragen, will ich andeuten, welche Notwendigkeiten ich sehe. Freuen würden mich Meinungsbeiträge oder Fakten, die meine Skepsis widerlegen und helfen, die Aufgaben mutig und erfolgreich anzugehen.

1. Gemessen an den genannten Herausforderungen und den realen Entwicklungen der Mitgliederzahlen können wir nicht zufrieden sein. Die

Gehaltsklau - Nein danke



Kampfkraft und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in den letzten zwanzig Jahren gesunken. Schenken wir diesem Tatbestand und seinen Ursachen genügend Aufmerksamkeit? Oder beruhigen wir uns damit, dass z.B. der DL mit unseren guten Argumenten marginalisiert wurde und ver.di bzw. andere DGB-Gewerkschaften noch mehr Mitgliederschwund verzeichnen? Haben wir ein verbindliches und verpflichtendes Konzept (ausreichende Argumente und konkrete Hilfen für die Betriebsgruppen), den Organisationsgrad an jeder Dienststelle zu verbessern? ...und bei Übergang in den Ruhestand die KollegInnen mit guten Argumenten in der GEW zu halten? Da geht uns jährlich ein großes Potential verloren und das schwächt uns.

2. Die Kooperation der DGB-Gewerkschaften, insbesondere die mit der größeren und als Verhandlungsführerin agierenden ver.di, ist unzureichend und wird wohl auch von „der Gegenseite“ (Senat) gern ausgenutzt. Wir sind aber nur gemeinsam erfolgreich! Gibt es da (neben der berechtigten Kritik auch Selbstkritik) einen „Plan“ bzw. abgesprochene Handlungsschritte, um die Zusammenarbeit 2012 und in den folgenden Jahren zu verbessern?
3. Ich teile die Auffassung, dass uns ein Streikrecht zusteht und das Beamtenrecht bei dem aktuellen Gehalts-/Pensionsklau missbraucht wird. Die Erwartung, mit den besten Anwälten und guten Argumenten die (Muster-) Prozesse umgehend und transparent für die Mitglieder zu führen, ist sicher unstrit-

- tig. Müsstem wir nicht wieder grundsätzlicher und offensiver gegen das Beamtenrecht für LehrerInnen und seine im Zweifelsfall die Belegschaften spaltende Funktion argumentieren und für ein einheitliches „Öffentliches Dienstrecht“ kämpfen?
4. Bieten unsere Veröffentlichungen (HLZ und Homepage!) genügend Potential und Servicequalität, um die Mitglieder / Betriebsgruppen etc. bei ihren täglichen Arbeiten vor Ort argumentativ gut zu unterstützen?

HOLGER RADTKE,
BG Ruheständler

Bei Interesse können die vollständigen Briefe/Antwortmails der Abgeordneten über holradtke@web.de angefordert werden. Wegen der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft und aus naheliegenden Gründen habe ich keine Abgeordneten der Opposition angeschrieben.

Foto: hlz



Viele Slogans – ein Ziel